

Resonanz
der Presse auf die
Rahmenzielvereinbarung

Mehr Behinderte sollen in der eigenen Wohnung betreut werden

Spitzenverbände wollen Heim-Unterbringung vermeiden helfen.

VON HEINZ TUTT

Düsseldorf - Menschen mit Behinderung sollen häufiger in einer eigenen Wohnung statt in einem Heim untergebracht werden. Darauf haben sich die beiden NRW-Landschaftsverbände und die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrt des Landes in Düsseldorf geeinigt. Hiernach sollen bis 2009 rund 3500 mehr behinderte Menschen als bisher in der eigenen Wohnung leben. Durch die bundesweit einmalige Regelung werde ihnen ein selbstbestimmtes

Leben ermöglicht, erklärten die Landschaftsverbands-Direktoren Udo Molsberger (Köln) und Wolfgang Schäfer (Münster). Der Wegfall der Heimplätze könne jährlich rund 50 Millionen Euro sparen. Landesgesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) will die Landschaftsverbände beim Ausbau ambulanter Wohnungsangebote unterstützen.

In NRW sollen 2000 frei werdende Heimplätze abgebaut werden, kündigten die Verbandsspitzen an. Im Land leben derzeit rund 17 700 Menschen mit ambulanter Betreuung in der eigenen Wohnung. 40 000 Menschen mit Behinderung

gen dagegen leben in Heimen der Freien Wohlfahrtspflege. Neun Prozent der betroffenen Menschen sollen bis Ende 2008, der Laufzeit der Vereinbarung, aus einem Heim in eine eigene Wohnung oder in eine Wohngemeinschaft wechseln, erklärte Uwe Becker, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege NRW.

Die Landschaftsverbände Westfalen-Lippe (LWL) und Rheinland (LVR) geben pro Jahr etwa 1,8 Milliarden Euro an Eingliederungshilfe für das Wohnen behinderter Menschen aus. Nach der Vereinbarung werden die Vergütungen, die die Landschaftsverbände für das Wohnen zahlen, eingefroren. Heime, die

Plätze abbauen, werden mit erfolgsabhängigen Sonderzahlungen belohnt. Ein Platz im Heim kostet in NRW pro Tag durchschnittlich 100 Euro, die Betreuung im betreuten Wohnen ist dagegen um 30 bis 50 Prozent günstiger.

„Wir wollen noch stärker umsteuern – Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmter im eigenen Zuhause leben. Gleichzeitig muss die öffentliche Hand sparen, wo es geht“, so LWL-Direktor Wolfgang Schäfer. Zielgruppe sind vor allem geistig Behinderte. Es sei davon auszugehen, dass jeder Fünfte eigentlich mit ambulanter Hilfe in der eigenen Wohnung leben könnte,

sagte er. Widerstände gebe es aber häufig bei den Eltern, die ihre behinderten Kinder auch im Erwachsenenalter sicherer im Heim untergebracht wähten.

LVR-Direktor Udo Molsberger erklärte: „Dieser weit reichende Vertragsabschluss zwischen der öffentlichen Hand und den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege hat eine Pilotfunktion für ganz Deutschland.“ Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit stiegen in Deutschland die Zahl der behinderten Personen mit Betreuungsbedarf Jahr für Jahr an, jährlich um rund 10 000 Personen, erläuterte Molsberger.

Kölnener Stadt-Anzeiger

10. MAI 2008

Eigene Wohnung statt Zimmer im Heim

SOZIALES Landschafts- und Wohlfahrtsverbände wollen Behinderte zur Selbstständigkeit bewegen

DÜSSELDORF. In Nordrhein-Westfalen sollen künftig mehr Behinderte in der eigenen Wohnung statt im Heim leben. Eine entsprechende Vereinbarung haben die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe sowie die Spitzenverbände der freien Wohlfahrt gestern unterzeichnet. Bis 2009 sollen demnach rund 3 500 Behinderte mehr als bisher in den eigenen vier Wänden wohnen; 2 000 dadurch frei werdende Heimplätze werden abgebaut. Derzeit leben etwa 40 000 Behinderte in NRW im Heim, 17 700 selbstständig.

NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) begrüßte die Vereinbarung. Gerade Behinderte benötigten aber eine vertraute Umgebung und seien bei einem Wechsel auf Unterstützung angewiesen, betonte der Minister.

Der Direktor des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe, Wolfgang Schäfer, sprach von einer bundesweit einmaligen Vereinbarung, die eine Trendwende hin zu selbstbestimmtem Leben Behindertener einleite. Gleichzeitig könnten beide Landschaftsverbände jährlich 50 Millionen Euro sparen.

Ein Platz im Heim kostet in NRW durchschnittlich 100 Euro; betreutes Wohnen mit ambulanten Hilfsleistungen ist dagegen um 30 bis 50 Prozent kostengünstiger.

Zielgruppe sind vor allem geistig Behinderte. Es sei davon auszugehen, dass jeder fünfte eigentlich mit ambulanter Hilfe in der eigenen Wohnung leben könnte, sagte der Direktor des Landschaftsverbands Rheinland, Udo Molsberger. Widerstände gebe es aber häufig bei den Eltern der Betroffenen, die ihre

behinderten Kinder auch im Erwachsenenalter sicherer im Heim untergebracht wähten.

Bis Ende 2008 wollen die Verbände neun Prozent der betroffe-

nen Behinderten überzeugen, aus einem Heim in eine eigene Wohnung oder Wohngemeinschaft zu wechseln. Zu Zwangsverfügungen werde es dabei selbstverständlich

nicht kommen, betonten die Verbandsspitzen. Auch Laumann versicherte, wer sich in einem Wohnheim wohl fühle und seinen Lebensmittelpunkt dort gefunden habe, brauche keine Angst haben, gegen seinen Willen dort ausziehen

zu müssen.

Das auf den Einzelnen zugeschnittene Hilfsangebot – zum Beispiel wie oft Sozialarbeiter, Pfleger oder Krankenschwestern zum Einsatz kommen – soll noch passgenauer weiterentwickelt werden. Neben dem humanitären Anliegen, Behinderten ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, sei auch der Kostendruck ein Auslöser für das Umsteuern gewesen, räumte Schäfer ein. Die Zahl der Behinderten mit Betreuungsbedarf steigt in Deutschland jährlich um rund 10 000 an.

dpa

General Anzeiger

11. MAI 2006

Mehr Behinderte sollen daheim leben

NRW / Landschaftsverbände wollen betreutes Wohnen fördern und 2000 Heimplätze abbauen.

THEO SCHUMACHER

DÜSSELDORF. In NRW sollen künftig mehr behinderte Menschen in den eigenen vier Wänden anstatt im Heim leben. Nach einer Vereinbarung von Landschaftsverbänden und Freier Wohlfahrtspflege ist geplant, bis 2009 insgesamt 3500 Behinderten mehr als bisher das Wohnen daheim zu ermöglichen. Während sie dort ambulant betreut werden, sollen gleichzeitig 2000 frei wer-

dende Heimplätze abgebaut werden. Die Landschaftsverbände Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL) erhoffen sich Einsparungen von 50 Millionen Euro pro Jahr.

Während ein Platz im Heim in NRW täglich rund 100 Euro kostet, ist das betreute Wohnen um 30 bis 50 Prozent billiger. „Wir wollen stärker umsteuern“, so LWL-Direktor Wolfgang Schäfer, „Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmter in eigenen Zuhau-

se leben, wann immer es geht.“ Derzeit leben landesweit 40 000 Behinderte im Heim, 17 000 werden zu Hause ambulant betreut. Die Zielgruppe sind vor allem geistig Behinderte. Allerdings, so Schäfer und LVR-Direktor Udo Molsberger, soll niemand gezwungen werden, sein Heim zu verlassen. Die Entscheidung im Einzelfall würde von dem Behinderten, seiner Familie und dem örtlichen Sozialamt getroffen. Auch die Qualität der Betreu-

ung sei bei einem Wechsel gewährleistet. Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) unterstützt die bundesweit einmalige Vereinbarung.

Laut Molsberger steigt die Zahl der Behinderteten mit Betreuungsbedarf in Deutschland jährlich um 10 000. „Medizinischer Fortschritt und eine moderne Betreuung tragen dazu bei, dass heute auch viele sehr schwer behinderte Menschen ein normales Lebensalter erreichen“, sagte er. (NRZ)

NRZ

10. MAI 2006

Raus aus den Heimen

Die Landschaftsverbände wollen Heimplätze in NRW abbauen. Menschen mit Behinderungen sollen zur ambulanten Pflege wechseln. Das spare Kosten und bringe den Klienten Selbstständigkeit

AUS DÜSSELDORF
NATALIE WIESMANN

Aus Kostengründen sollen behinderte Menschen in Nordrhein-Westfalen selbstständiger werden. Für sie wollen die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe (LVR und LWL) gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden im Land bis 2009 rund 3.500 weitere Plätze für betreutes Wohnen einrichten. Gleichzeitig sollen 2.000 stationäre Plätze abgebaut und Geld für geplante Heimplätze direkt auf ambulante Projekte umgelenkt werden.

„Wir hoffen, dass unser Vorhaben bundesweit Pilotfunktion haben wird“, sagte Udo Molsberger, Direktor des LVR, gestern auf

einer Pressekonferenz im Düsseldorfer Landtag. Bei dem Paradigmenwechsel in der Unterbringung von Behinderten handele es sich um eine „win-win-Situation“. Denn die Landschaftsverbände, die für die Unterbringung von behinderten Menschen zuständig sind und sich über die Kreise und Kommunen finanzieren, seien wegen der steigenden Zahl an Klienten zu Einsparungen gezwungen – ein Platz im Heim kostet pro Tag etwa 100 Euro, Betreutes Wohnen zwischen 50 und 80 Euro.

Andererseits, so der LVR-Direktor, sei das betreute Wohnen auch im Interesse der behinderten Menschen und diene als Eingliederungshilfe. Das treffe vor allem auf Menschen mit „Down

Jones“-Syndrom zu, versprach sich Molsberger. Die Eltern müssten über diese Alternative aber noch besser aufgeklärt werden, fügte Wolfgang Schäfer, Direktor des LWL, hinzu: „Sie sind oft ängstlich bei der Vorstellung, dass ihre Kinder alleine leben.“

Die Umwandlung von Heimplätzen hin zu einer ambulanten Betreuung bedeute aber nicht, dass Eltern dazu gezwungen würden, ihre Kinder kostengünstiger unterzubringen, stellte Udo Becker, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege in NRW, klar: „Wir haben den Bedarf nach betreutem Wohnen abgefragt.“ Bisher leben in NRW 40.000 Menschen mit Behinderungen in Heimen, etwa 18.000 wohnen in ihren eigenen vier Wänden.

Die Eintracht, in der die Vertreter von Landschafts- und Wohlfahrtsverbänden gestern ihre Pläne zur Unterbringung behinderter Menschen präsentiert haben, ist hart erarbeitet. Noch im Dezember 2005 hatte der LWL den Wohlfahrtsverbänden „Preistreiberei“ vorgeworfen – und den Wohlfahrtsverbänden gedroht, die Behindertenhilfe öffentlich auszuschreiben, wenn sie keine Kosten einsparen würden. Immerhin vier Monate, von Januar bis April 2006, hat es gedauert, bis sich die Verhandlungspartner geeinigt haben. Die Einrichtungen, die sich an der „Ambulantisierung“ der stationären Heimplätze beteiligen, sollen Sonderzahlungen erhalten.

Landschaftsverbände und freie Wohlfahrtsträger unterzeichnen Vereinbarung für Behinderte

Mehr Eigenständigkeit in der Wohnung

Düsseldorf. In NRW sollen künftig mehr Behinderte in der eigenen Wohnung statt im Heim leben. Eine entsprechende Vereinbarung unterzeichneten gestern die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen sowie die Spitzenverbände der freien Wohlfahrt.

Bis 2009 sollen demnach rund 3500 Behinderte mehr als bisher in den eigenen vier Wänden wohnen; 2000 dadurch frei werdende Heimplätze werden abgebaut. Derzeit leben etwa 40 000 Behinderte in NRW im Heim, 17 700 selbstständig.

NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) begrüßte die Vereinbarung, betonte jedoch, dass gerade Be-

hinderte eine vertraute Umgebung brauchten und bei einem Wechsel auf Unterstützung angewiesen seien.

Die Landschaftsverbände rechnen mit jährlichen Einsparungen in Höhe von 50 Millionen Euro. Laut Uwe Becker, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege NRW, kostet ein Platz im Heim in NRW durchschnittlich 100 Euro, die Betreuung im ambulanten Wohnen dagegen nur 50 bis 70 Euro pro Tag. 1,8 Millionen Euro geben die beiden Landschaftsverbände pro Jahr im Rahmen der Sozialhilfe an Eingliederungshilfe für das Wohnen behinderter Menschen aus. Nach der Vereinbarung werden die Vergütungen, die die Landschaftsverbände für das Wohnen

zahlen, eingefroren. Heime, die Plätze abbauen, werden aber mit erfolgsabhängigen Sonderzahlungen belohnt.

Zielgruppe der Vereinbarung sind vor allem geistig Behinderte. Es sei davon auszugehen, dass jeder fünfte eigentlich mit ambulanter Hilfe in der eigenen Wohnung leben könnte, sagte der Direktor des Landschaftsverbands Rheinland, Udo Molsberger.

Bis Ende 2008 wollen die Verbände neun Prozent der betroffenen Behinderten überzeugen, in eine eigene Wohnung zu wechseln.

Westfälische Rundschau
10.05.2006

Heimplätze werden abgebaut

In NRW sollen künftig mehr Behinderte wieder in ihren eigenen Wohnungen leben

DÜSSELDORF. (Inw)

In Nordrhein-Westfalen sollen künftig mehr Behinderte in der eigenen Wohnung statt im Heim leben. Eine entsprechende Vereinbarung haben die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen sowie die Spitzenverbände der freien Wohlfahrt gestern in Düsseldorf unterzeichnet.

Bis 2009 sollen demnach rund 3500 Behinderte mehr als bisher in den eigenen vier Wänden wohnen; 2000 dadurch frei werdende Heimplätze werden abgebaut. Derzeit leben etwa 40 000 Behinderte in NRW im Heim, 17 700 selbstständig.

NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) begrüßte die beschlossene Vereinbarung. Gerade Behinderte benötigten aber eine vertraute Umgebung und seien bei einem Wechsel auf Unterstützung angewiesen, betonte der Minister. Der Direktor des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe, Wolfgang Schäfer, sprach von einer bundesweit einmaligen Vereinbarung, die eine Trendwende hin zu selbstbestimmtem Leben Behindertener einleite. Gleichzeitig könnten beide Landschaftsverbände jährlich 50 Millionen Euro sparen.

Ein Platz im Heim kostet in NRW durchschnittlich 100 Euro; betreutes Wohnen mit ambulanten Hilfsleistungen ist dagegen um 30 bis 50 Pro-

zent kostengünstiger. Zielgruppe sind vor allem geistig Behinderte. Es sei davon auszugehen, dass jeder fünfte eigentlich mit ambulanter Hilfe in der eigenen Wohnung leben könnte, sagte der Direktor des Landschaftsverbands Rheinland, Udo Molsberger.

Bis Ende 2008 wollen die Verbände neun Prozent der betroffenen Behinderten überzeugen, aus einem Heim in eine eigene Wohnung oder Wohngemeinschaft zu wechseln. Laumann versicherte, wer sich in einem Wohnheim wohl fühle und seinen Lebensmittelpunkt dort gefunden habe, brauche keine Angst zu haben, gegen seinen Willen dort ausziehen zu müssen.

Neben dem humanitären

Anliegen, Behinderten ein menschenwürdigeres Leben zu ermöglichen, sei auch der Kostendruck ein Auslöser für das Umsteuern gewesen, räumte Schäfer ein. Die Zahl der Behinderten mit Betreuungsbedarf steigt in Deutschland jährlich um rund 10 000 an. Dabei wachse auch der Anteil derjenigen, die wegen schwerster Behinderungen mit hohem Aufwand versorgt werden müssten und die Dank des medizinischen Fortschritts inzwischen ein ganz normales Lebensalter erreichten.

Mindestens bis 2012 müsse mit einem weiteren Anstieg der Fallzahlen gerechnet werden, sagte Molsberger. Daher sei eine Senkung der Fallkosten unerlässlich.

Westfalenpost
10.05.2006

Welt Kompakt

Mehr Behinderte sollen in die eigene Wohnung ziehen

Düsseldorf - In NRW sollen künftig mehr Behinderte in der eigenen Wohnung statt im Heim leben. Eine entsprechende Vereinbarung haben die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen sowie die Spitzenverbände der freien Wohlfahrt gestern in Düsseldorf unterzeich-

net. Bis 2009 sollen demnach rund 3500 Behinderte mehr als bisher in den eigenen vier Wänden wohnen; 2000 dadurch frei werdende Heimplätze werden abgebaut. Derzeit leben etwa 40 000 Behinderte in NRW im Heim, 17 700 selbstständig. Zielgruppe sind vor allem geistig Behinderte. Jeder fünfte könnte eigentlich mit ambulanter Hilfe in der eigenen Wohnung leben, sagte der Direktor des Landschaftsverbands Rheinland, Udo Molsberger. Zu Zwangsverfügungen werde es selbstverständlich nicht kommen.

1.0. MAI 2006

Abschied vom Heim

Behinderte Menschen sollen öfter in ihre eigene Wohnung ziehen können

Düsseldorf (Inw). In Nordrhein-Westfalen sollen künftig mehr Behinderte in der eigenen Wohnung statt im Heim leben. Eine entsprechende Vereinbarung haben die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen sowie die Spitzenverbände der freien Wohlfahrt gestern in Düsseldorf unterzeichnet. Bis 2009 sollen demnach rund 3500 Behinderte mehr als bisher in den eigenen vier Wänden wohnen; 2000 dadurch frei werdende Heimplätze werden abgebaut.

NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann begrüßte die Vereinbarung. Gerade Behinderte benötigten aber eine vertraute Umgebung und seien bei einem Wechsel auf Unterstützung angewiesen, betonte der Minister.

Der Direktor des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe, Wolfgang Schäfer, sprach von einer bundesweit einmaligen Vereinbarung, die eine Trendwende hin zu selbstbestimmtem Leben Be-

hinderter einleite. Gleichzeitig könnten beide Landschaftsverbände jährlich 50 Millionen Euro sparen. Ein Platz im Heim kostet in NRW durchschnittlich 100 Euro pro Tag; betreutes Wohnen mit ambulanten Hilfsleistungen ist dagegen um 30 bis 50 Prozent kostengünstiger.

Zielgruppe sind vor allem geistig Behinderte. Es sei da-

von auszugehen, dass jeder fünfte eigentlich mit ambulanter Hilfe in der eigenen Wohnung leben könnte, sagte der Direktor des Landschaftsverbands Rheinland, Udo Molsberger. Widerstände gebe es aber häufig bei den Eltern der Betroffenen, die ihre behinderten Kinder auch im Erwachsenenalter sicherer im Heim untergebracht wähten.

Bis Ende 2008 wollen die Verbände neun Prozent der betroffenen Behinderten überzeugen, aus einem Heim in eine eigene Wohnung oder Wohngemeinschaft zu wechseln. Zu Zwangsverfügungen werde es dabei selbstverständlich nicht kommen, betonten die Verbandsspitzen. Auch Laumann versicherte, wer sich in einem Wohnheim wohl fühle und seinen Lebensmittelpunkt dort gefunden habe, brauche keine Angst haben, gegen seinen Willen dort ausziehen zu müssen.

Das auf den Einzelnen zugeschnittene Hilfsangebot – zum Beispiel wie oft Sozialarbeiter, Pfleger oder Krankenschwestern zum Einsatz kommen – soll noch passgenauer weiterentwickelt werden. Neben dem humanitären Anliegen, Behinderten ein menschenwürdigeres Leben zu ermöglichen, sei auch der Kostendruck ein Auslöser für das Umsteuern gewesen, räumte Schäfer ein.

Zum Thema

Behindertenzahl

Derzeit leben etwa 40 000 Behinderte in Nordrhein-Westfalen im Heim, 17 700 selbstständig. Jährlich steigt die Zahl der Behinderten mit Betreuungsbedarf in Deutschland um rund 10 000. Dabei wachse auch der Anteil derjenigen, die wegen schwerster Behinderungen mit hohem Aufwand versorgt werden müssten und die dank des

medizinischen Fortschritts inzwischen ein ganz normales Lebensalter erreichten. Darum rechnen Fachleute damit, dass bis 2012 die Zahl der behinderten Menschen weiter ansteigen wird. „Eine Senkung der Fallkosten ist deswegen unerlässlich“, sagte der Direktor des Landschaftsverbands Rheinland, Udo Molsberger.

Westfälische Nachrichten
10.05.06

Westfälische Rundschau

■ **Mehr Behinderte sollen
künftig eigenständig wohnen**
Mehr Behinderte in NRW sollen in
einer eigenen Wohnung statt im
Heim leben. Darauf einigten sich
die Freie Wohlfahrtspflege und die
Landschaftsverbände Rheinland
(LVR) und Westfalen-Lippe (LWL).
Bis 2009 sollen rund 3500 der der-
zeit 40 000 Heimbewohner in die
eigenen vier Wände ziehen.

10. MAI 2006

Mehr Selbstständigkeit für Behinderte

Die Zahl der Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen nimmt stetig zu, bundesweit etwa um 10.000 pro Jahr. Zurzeit leben in NRW 40.000 Behinderte in Heimen, 17.700 wohnen selbstständig und werden von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege ambulant betreut. Allein für das Wohnen Behinderter geben die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe jährlich 1,8 Milliarden Euro aus.

Landschaftsverbände und Wohlfahrtspflege haben sich jetzt in Düsseldorf darauf geeinigt, dass in den nächsten dreieinhalb Jahren neun Prozent der Heimbewohner in eine eigene

Wohnung oder eine Wohngemeinschaft umziehen. Die Vergütungen, die die Landschaftsverbände für das Wohnen zahlen, werden bis Ende 2008 eingefroren. Zurzeit kostet ein Heimplatz in NRW durchschnittlich 100 Euro pro Tag, die Kosten für die Betreuung im ambulanten Wohnen liegen je nach individuellem Pflegeaufwand 30 bis 50 Prozent niedriger.

Nach den Worten der Direktoren der beiden Landschaftsverbände, Wolfgang Schäfer (Münster) und Udo Molsberger (Köln), ist die Regelung sowohl aus finanzieller wie auch aus fachlicher Sicht vorteilhaft. Die Kosten für die Betreuung würden gesenkt, ohne dass sich die Qualität verschlechtere. Bis zu 20 Prozent der behinderten Heimbewohner seien in der Lage, selbstständig zu leben, und viele von ihnen wollten das auch.

Eine Clearing-Stelle entscheidet einvernehmlich, wer aus einem Heim in die Eigenverantwortung entlassen werden kann.

In diesem Gremium sind der Betroffene selbst, seine Familie, Mitarbeiter der ihn betreuenden Wohlfahrtsorganisation sowie der Kommune vertreten. Niemand wird gezwungen, aus einem Heim auszuziehen. Die Behinderten werden in normalen Mietwohnungen untergebracht und je nach Grad der Behinderung ein- bis dreimal täglich von einem Betreuer besucht.

Schäfer, Molsberger und Uwe Becker von Verbänden der freien Wohlfahrtspflege feierten ihre Vereinbarung als bundesweit vorbildlich. Erstmals würden einvernehmlich Heimplätze abgebaut. „Wir bräuchten nicht den Gesetzgeber, um die Kosten in den Griff zu bekommen, sondern wir haben das im Zuge der Selbstverwaltung geregelt.“

NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) begrüßte die Vereinbarung. Dadurch werde behinderten Menschen der gewünschte Wechsel von der stationären Versorgung in das ambulant betreute Wohnen leichter gemacht.

HINTERGRUND

■ **Düsseldorf.** Knapp 18.000 Behinderte in NRW leben in den eigenen vier Wänden. Die Landschaftsverbände haben sich jetzt mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege darauf geeinigt, diese Zahl deutlich zu erhöhen. *Peter Jansen berichtet.*

Neue Westfälische
10.05.06

epd sozial

1-2. MAI. 2006

Ambulante Betreuung in NRW

Mehr Wohnungen für Behinderte

Düsseldorf (epd). In Nordrhein-Westfalen sollen künftig mehr Menschen mit Behinderungen in der eigenen Wohnung statt im Heim leben können. Dies sieht eine bundesweit bislang einmalige Vereinbarung zwischen Landschafts- und Wohlfahrtsverbänden vor, die am 9. Mai in Düsseldorf

vorgestellt wurde. Danach sollen bis zum Jahr 2009 insgesamt 3.500 behinderte Menschen mit ambulanter Betreuung selbstständiger leben können als bisher, erklärte der Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege NRW, Uwe Becker (siehe auch Artikel auf Seite 5). Nach Angaben des Direktors des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Wolfgang Schäfer, geben die beiden Landschaftsverbände in NRW pro Jahr rund 1,8 Milliarden Euro für das Wohnen behinderter Menschen aus. Laut Schäfer könnten 20 Prozent der rund 40.000 in Heimen untergebrachten Behinderten an Rhein und Ruhr betreut wohnen. Bislange leben etwa 17.700

Menschen mit ambulanter Betreuung in NRW selbstständig. Durch den in den nächsten drei Jahren geplanten Abbau von rund 2.000 Heimplätzen und den Ausbau des ambulanten Wohnens versprechen sich die Verbände ab 2009 auch Kosteneinsparungen von 50 Millionen Euro jährlich.

Becker betonte, dass kein Behindertler gezwungen werde, das Heim zu verlassen. Clearingstellen würden mit den Betroffenen, deren Familien und Fachleuten eine Lösung diskutieren, schließlich hätten die Behinderten einen Rechtsanspruch auf Betreuung. lwd

Betreutes Wohnen statt Heim

Düsseldorf (kobinet) Die beiden Landschaftsverbände und die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrt in NRW haben sich darauf geeinigt, dass bis 2009 rund 3.500 mehr behinderte Menschen als bisher in der eigenen Wohnung statt im Heim leben. Durch die bundesweit einmalige Regelung werde ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht, hieß es heute in Düsseldorf. Gleichzeitig seien durch die vereinbarte bessere Steuerung der Behindertenhilfe Einsparungen von circa 50 Millionen Euro im Jahr für beide Landschaftsverbände möglich. 2.000 frei werdende Heimplätze sollen abgebaut werden, kündigten die Verbandsspitzen zudem an.

"In Nordrhein-Westfalen leben rund 17.700 Menschen mit ambulanter Betreuung selbständig 'in eigenen vier Wänden', 40.000 Menschen mit Behinderungen dagegen leben in Heimen, die die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW NRW) betreiben. Neun Prozent der betroffenen Menschen sollen bis Ende 2008, der Laufzeit der Vereinbarung, aus einem Heim in eine eigene Wohnung oder in eine Wohngemeinschaft wechseln", heißt es in der Presseerklärung. Außerdem könne die neue Regelung den vorerst noch anhaltenden Anstieg der Fälle in den Jahren 2006 bis 2008 auffangen helfen.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) und der Landschaftsverband Rheinland (LVR) geben pro Jahr im Rahmen der Sozialhilfe circa 1,8 Milliarden Euro an Eingliederungshilfe für das Wohnen behinderter Menschen aus. Nach der Vereinbarung werden der Presseinformation der Verbände zufolge die Vergütungen, die die Landschaftsverbände für das Wohnen zahlen, eingefroren. Heime, die Plätze abbauen, werden aber mit erfolgsabhängigen Sonderzahlungen belohnt. Ein Platz im Heim kostet in Nordrhein-Westfalen pro Tag durchschnittlich 100 Euro, die Unterstützung im Ambulant Betreuten Wohnen ist dagegen um 30 bis 50 Prozent kostengünstiger.

"Wir wollen noch stärker umsteuern - Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmter im eigenen Zuhause leben, wann immer das geht. Gleichzeitig muss die öffentliche Hand sparen wo es geht", so LWL-Direktor Wolfgang Schäfer.

Schäfer betonte, dass nach der Vereinbarung weder die Qualität der Betreuung leiden werde noch jemand gezwungen werde, aus dem Heim auszuziehen. Schäfer erläuterte, dass die Vereinbarung durch den vereinbarten Abbau der Plätze die Landschaftsverbände ab 2009 um jährlich circa 50 Millionen Euro entlaste, wenn alle Ziele erreicht würden.

Der Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen, Dr. Uwe Becker erklärte dazu: "Diese wichtige Vereinbarung wurde erreicht, weil unseren Verbänden mit den beiden Landschaftsverbänden zwei kompetente überregionale Partner gegenüber saßen. In Einzelverhandlungen mit mehr als 50 Städten und Kreisen wäre eine solche überregionale Einigung wohl kaum möglich gewesen. Wir werden die Übergänge zwischen stationären und ambulanten Wohnformen flexibel gestalten. Gleichzeitig werden die Rahmenbedingungen im Ambulant Betreuten Wohnen verbessert und entbürokratisiert. Und: Wir gewinnen Zeit, die behinderten Menschen und ihre Angehörigen auf diese Entwicklung vorzubereiten. Mit der nunmehr unterschriebenen Vereinbarung ist uns beinahe die Quadratur des Kreises gelungen".

"Dieser weitreichende Vertragsabschluss zwischen der öffentlichen Hand und den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege hat eine Pilotfunktion für ganz Deutschland. Zum ersten Mal vereinbaren die Verbände der Einrichtungen und wir als Kostenträger, den Paradigmenwechsel 'ambulant vor

stationär' konkret umzusetzen, also die Förderung des selbstbestimmten Lebens von Menschen mit Behinderung. Zum ersten Mal treten die Verbände und wir gemeinsam ein für eine Kostensenkung in der Behindertenhilfe. Beide Seiten dokumentieren mit dieser Vereinbarung zugleich den Willen, die Mitglieds Körperschaften der Landschaftsverbände, die Städte und Kreise in NRW, finanziell zu entlasten", so der LVR-Direktor Udo Molsberger.

Hintergrund:

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit steigt in Deutschland die Zahl der behinderten Personen mit Betreuungsbedarf Jahr für Jahr an, jährlich um rund 10.000 Personen. Der medizinische Fortschritt und die moderne Betreuung tragen dazu bei, dass heutzutage auch viele behinderte Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf ein normales Lebensalter erreichen.

Während in den meisten Bundesländern Landesämter für die Finanzierung und Steuerung der Hilfen für behinderte Menschen zuständig sind, liegt diese Verantwortung in Nordrhein-Westfalen bei den kommunal verfassten Landschaftsverbänden. omp

Eltern fürchten Ambulanz

PADERBORN taz ■ Der geplante Abbau von 2.000 Heimplätzen für behinderte Menschen in NRW bei gleichzeitiger Erhöhung der Plätze für ambulant betreutes Wohnen löst bei den Eltern Befürchtungen aus. „Es besteht die Gefahr, dass unsere Angehörigen vereinsamen und verwahrlosen“, sagt Klemens Kienz, Sprecher der Angehörigen der Behindertenhilfe im Erzbistum Paderborn. Sie müssten daher genügend Betreuungsstunden bekommen. Nach langen Verhandlungen hatten sich Wohlfahrtsverbände und Landschaftsverbände vergangene Woche aus Kostengründen auf mehr ambulante Betreuung geeinigt. NAW

taz

18.05.2006